



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)

**13. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat
(Wahlperiode 2013-2018)**

Sitzungstermin: Dienstag, 16.12.2014
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,
23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90/DIEGRÜNEN

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN	ab 16:30 Uhr
Herr Dr. Marek Lengen - SPD	
Frau Kerstin Metzner - SPD	
Herr Thomas Rathcke - FDP	
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU	
Herr Frank Zahn - SPD	bis 18:00 Uhr

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Frau Helga Lenz - Bü90/DIEGRÜNEN	Vertretung für: Frau Mählenhoff, Silke bis 16:30 Uhr
Herr Carsten Grohmann - CDU	Vertretung für: Herrn Mauritz, Jochen
Frau Ingrid Stockfisch - CDU	Vertretung für: Frau Menorca, Heidemarie
Herr Matthias Büenfeld - Die PARTEI-PIRATEN	
Herr Klaus-Günter Droßard - CDU	Vertretung für: Herrn Kaitschick, Paul
Herr Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE	
Herr Lothar Möller - BfL	Vertretung für: Herrn Wegner, Olaf ab 17:45 Uhr
Herr Christoph Otte - SPD	
Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU	

Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller	Fachbereichsleitung
Frau Dr. Olga Koop	Fachbereichscontrolling
Frau Angela Neitzke	Fachbereichscontrolling
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Michael Zeckel	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Christian Stolte	Stadtplanung
Herr Marco Kosminski	Polizeidirektion Lübeck
Herr Torsten Bastian	Polizei

Protokollführung

Herr Maik Schneider	Fachbereichsdienste
---------------------	---------------------

Sonstige Personen

Herr Jörg Clement - Naturschutzbeirat	nur im öffentlichen Teil
---------------------------------------	--------------------------

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Jochen Mauritz - CDU	entschuldigt
Frau Heidemarie Menorca - CDU	entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Paul Kaitschick - CDU	entschuldigt
Herr Olaf Wegner - BfL	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Polizeibeirat**
 - 3.1. Mitteilungen der Polizeidirektion**
 - 3.2. Neue Anfragen an den Polizeibeirat**
 - 3.2.1. Vorbereitungen und Auswirkungen des G7-Außenministertreffens in Lübeck
Vorlage: VO/2014/02196
 - 3.2.2. Polizeieinsatz bei Privatparty
Vorlage: VO/2014/02201
 - 3.2.3. Anfragen Herr Zahn / Frau Stockfisch - Stelleneinsparungen bei Polizei und
Wasserschutzpolizei
- 4. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 18.11.2014**
- 5. Mitteilungen**
 - 5.1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
 - 5.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
 - 5.2.1. Krebsrisiko bei der Berufsfeuerwehr
 - 5.2.2. Geschwindigkeitsmessung Kronsforder Landstraße
 - 5.3. Beantwortung von Anfragen**
 - 5.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft**
 - 5.4.1. Plastiktütenfreies Lübeck Vorlage: VO/2014/02203
- 6. Anträge**
- 7. Vorlagen**
 - 7.1. Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 Vorlage: VO/2014/01795
 - 7.2. Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 Vorlage: VO/2014/01796
 - 7.3. Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030" Vorlage: VO/2014/01797
 - 7.3.1. Antrag zu TOP 7.3 - VO/2014/01797 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung:
"Lübeck 2030" Vorlage: VO/2014/02207
- 8. Berichte und Antworten**
 - 8.1. Thematischer Landschaftsplan "Klimawandel in Lübeck" Vorlage: VO/2014/01943

9. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 9.1. Anfrage Herr Dr. Lengen - Entfernung umgestürzte Erle
- 9.2. Anfrage Herr Dr. Lengen - Radweg Roeckstraße
- 9.3. Anfrage Herr Martens - Baumfällungen Stadtwald
- 9.4. Anfrage Herr Möller - Kfz-Zulassung Stadtteilbüros
- 9.5. Verschiedenes Herr Röttger - Landwege/Ringstedtenhof
- 9.6. Verschiedenes Frau Wind-Olßon - Themen Polizeibeirat nichtöffentlich

Nichtöffentlicher Teil:

10. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 18.11.2014

11. Mitteilungen

12. Vorlagen

13. Berichte und Antworten

- 13.1. Oberbodenlager Travemünder Landstraße

14. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 14.1. Anfrage Herr Röttger - Teilnahme von stellvertretenden Ausschussmitgliedern am nichtöffentlichen Teil

Öffentlicher Teil:

15. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Schubert eröffnet die 13. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schubert beantragt die Behandlung der TOP 7.1, 7.2, 7.3 und 7.3.1 nach den TOP zum Polizeibeirat mit Rücksicht auf den dazu eingeladenen Gast.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Herr Schubert beantragt die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte.

Der Ausschuss stimmt der nichtöffentlichen Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Polizeibeirat

zu 3.1 Mitteilungen der Polizeidirektion

Es liegt nichts vor.

zu 3.2 Neue Anfragen an den Polizeibeirat

zu 3.2.1 Vorbereitungen und Auswirkungen des G7-Außenministertreffens in Lübeck Vorlage: VO/2014/02196

1. Welche Sicherheitsmaßnahmen werden im Zuge des G7-Außenministertreffens in Lübeck erfolgen?
2. Wann und in welcher Form werden Anwohner und Geschäftsinhaber informiert?
3. Mit welchen Beeinträchtigungen müssen diese rechnen?
4. Wer kommt für die Kosten auf?
 - Welche Kosten kommen auf die Hansestadt Lübeck zu?
 - Welche Kosten kommen auf das Land Schleswig-Holstein zu?

Zu den Fragen merkt Herr Kosminski an, dass man aktuell noch nicht viel zu den Themen sagen könne und nicht nachvollziehbar sei, woher die Presse die bis jetzt veröffentlichten Zahlen habe. Es sei ein Planungsstab, u.a. aus BKA, LKA, Auswärtigem Amt und Polizei eingerichtet, der sich mit den Sicherheitsmaßnahmen befasse. Veranstalter sei das Auswärtige Amt, zu gegebener Zeit und so früh wie möglich werde dieses den Kontakt mit den Anwohnern und Geschäftsinhabern suchen. Sicherlich werde es zu Beeinträchtigungen kommen. Diese würden sich aber vermutlich schwerpunktmäßig durch die im Zuge der Veranstaltung stattfindende Demonstrationenlage ergeben. Die Höhe der Kosten könne noch nicht beziffert werden. Herr Senator Möller ergänzt, dass auch seitens der Stadt mit einem Mehraufwand zu rechnen sei. Löschfahrzeuge und Rettungswagen müssten so im Stadtgebiet in Bereitschaft gebracht werden, dass zügiges Anfahren zu evtl. Schadensereignissen, u.a. auch bei Absperrungen/Demonstrationen während des Treffens, ermöglicht werde. Zu den Kosten könne nach jetzigem Stand noch keine Aussage getroffen werden.

Fragen der Herren Martens und Droßard beantwortet Herr Kosminski.

Abschließend bittet Frau Lenz um fortlaufende Information über den Stand der Planungen bzw. zu erwartende Beeinträchtigungen. Herr Kosminski sagt dies zu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Polizeieinsatz bei Privatparty Vorlage: VO/2014/02201

In der Nacht von Freitag, 26.09.2014, auf Samstag, 27.09.2014, kam es gegen 2:30 Uhr zu einem Polizeigroßeinsatz bei einer privat veranstalteten Feier im Lübecker Stadtteil St. Lorenz Nord.

- 1. Wie kam es zu dem Einsatz der Polizei? Was war der Grund für den Einsatz?*
- 2. Wie war der Verlauf des Polizeieinsatzes?*
- 3. Wie viele Polizisten waren mit welcher Ausstattung bei diesem Einsatz?*
- 4. Wie viele Hunde waren im Einsatz?*
- 5. Wie lange dauerte der Einsatz?*
- 6. Kam es zu Personalienfeststellungen? Wenn ja bei wie vielen Personen?*
- 7. Gab es Festnahmen? Wenn ja, aus welchem Grund? Wie viele Personen wurden festgenommen?*
- 8. Gab es Verletzte während des Einsatzes? Wenn ja, wodurch entstanden die Verletzungen? Wie viele Personen wurden verletzt?*
- 9. Wie teuer war der Einsatz?*
- 10. Wie wurde nach dem Einsatz weiter verfahren?*
- 11. Gab es in den vergangenen Jahren vergleichbare Einsätze bei privaten Feiern in Lübeck?*

Einleitend führt Herr Kosminski aus, dass es sich um ein schwebendes Verfahren handle und nicht alle Fragen beantwortet werden könnten. Die Polizei sei zu ruhestörendem Lärm gerufen worden und der Einsatz habe insgesamt 3 Stunden gedauert. Es seien 20 Polizeibeamte (darunter 4 Diensthundeführer und 6 Beamte in Zivil), alle mit Regelbewaffnung, vor Ort gewesen. Von allen 66 Teilnehmern der Party seien die Personalien festgestellt worden, Festnahmen habe es nicht gegeben. Bei dem Einsatz sei eine Person verletzt worden. Diese wollte sich der Personalienfeststellung entziehen und habe sich bei einem Sprung vom Balkon am Fuß verletzt. Die Einsatzkosten könne sich jeder aus der Dauer des Einsatzes und der Anzahl der dafür eingesetzten Beamten ableiten. Bei insgesamt 7.218 Einsätzen wegen Ruhestörung im Jahr sei dies der einzige Einsatz in diesem Ausmaß gewesen.

Des Weiteren schildert Herr Kosminski den gesamten Ablauf des Einsatzes. Beim ersten Kontakt habe man darauf hingewirkt, die Party drinnen durchzuführen und eine angemessene Lautstärke zu halten. Danach kam es zu wiederholten Anrufen wegen Ruhestörung und als letztes Mittel habe man dann die Party auflösen müssen. Im Zuge dessen sei ein Beamter angegriffen und Unterstützung angefordert worden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2.3 Anfragen Herr Zahn / Frau Stockfisch - Stelleneinsparungen bei Polizei und Wasserschutzpolizei

Herr Zahn und Frau Stockfisch fragen nach dem Sachstand der in der Presse veröffentlichten Stelleneinsparungen bei der Polizei und Wasserschutzpolizei. Herr Kosminski antwortet, dass Führungsinformationen vorlägen und man sich jetzt in der Planung/Umsetzung befände. Detailaussagen könnten noch nicht getroffen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Lenz verlässt um 16:30 Uhr die Sitzung. Es übernimmt Frau Mählenhoff.

zu 4 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 18.11.2014

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 5 Mitteilungen

zu 5.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Es liegt nichts vor.

zu 5.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 5.2.1 Krebsrisiko bei der Berufsfeuerwehr

Herr Senator Möller berichtet über ein Schreiben vom Personalrat der Berufsfeuerwehr (BF), welches sich auf eine Mitteilung des Berufsverbands der Feuerwehr bzgl. eines gesteigerten Krebsrisikos bei Berufsfeuerwehrleuten beziehe. Er teilt mit, dass bei der BF Hamburg die Auswertung der kanadischen und nordeuropäischen Studienergebnisse anstehe. Danach solle voraussichtlich mit dem Arbeitsschutz das weitere Vorgehen entschieden werden. Offenbar fehle es aber an einer aktuellen bundesweiten Untersuchung mit einer repräsentativen Grundgesamtheit an TeilnehmerInnen. Da es sich sehr wahrscheinlich um eine gesamtdeutsche bzw. sogar europäische Problematik handeln dürfte, seien daher zunächst die Institutionen des Arbeitsschutzes zur Untersuchung und Anerkennung von beruflich bedingten Krankheiten gefordert. Ein Alleingang der BF Lübeck dürfte wissenschaftlich wie versorgungsrechtlich problematisch sein. Dennoch werde das Thema sehr ernst genommen.

Er werde es auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Städtetags-Beirats für Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungswesen setzen lassen. Von dort könnten dann u. U. ein gemeinsamer Umgang mit der Problematik vereinbart und die zuständigen Institutionen angesprochen werden. Der Ausschuss werde über den aktuellen Sachstand zu gegebener Zeit informiert.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.2 Geschwindigkeitsmessung Kronsfordor Landstraße

Herr Senator Möller teilt mit, dass die Geschwindigkeitsmessungen auch in einer baustellenfreien Zeit durchgeführt worden seien. Am 21.11.2014 habe es bei 852 Durchfahrten 8 Übertretungen und am 2.12.2014 bei 411 Durchfahrten 2 Übertretungen gegeben. Die Werte seien damit in etwa deckungsgleich mit den bereits genannten und die Quote liege bei nicht mal einem Prozent.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Beantwortung von Anfragen

Es liegt nichts vor.

zu 5.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 5.4.1 Plastiktütenfreies Lübeck Vorlage: VO/2014/02203

Sitzung der Bürgerschaft am 27. November 2014

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.8 mit VO Nr. 02091 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion DIE LINKE mit Mehrheit **abschließend** an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:*

Plastiktütenfreies Lübeck

Die Verwaltung wird gebeten, mit einem Runden Tisch die Möglichkeiten eines freiwilligen vollkommenen Verzichts auf Plastiktüten und weitgehendem Verzicht auf Plastikverpackung in Lübeck zu erörtern. Am Runden Tisch teilnehmen sollten u.a.: die Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft, der Einzelhandelsverband, die Interessengemeinschaften, die Standbetreiber der Wochenmärkte, die EBL, die Verbraucherzentrale, usw.

Herr Möller schlägt vor, den Antrag der Gesprächsrunde "Sauberkeit u. Sicherheit Altstadt HL" vorzustellen, sich ein Meinungsbild einzuholen und die Ergebnisse dem Ausschuss vorzulegen. Für den Vorschlag sprechen sich Herr Dr. Lengen und Frau Wind-Olßon aus, wohingegen Herr Martens einen Runden Tisch, wie im Antrag beschrieben, begrüßen würde.

Herr Schneider schlägt vor, die Überweisung zu vertagen und wieder auf die Tagesordnung zu setzen, sobald die Ergebnisse aus der Gesprächsrunde vorliegen würden.

Herr Rathcke würde gern direkt über den Antrag abstimmen, da es für ihn nicht nachvollziehbar sei, weshalb man einen Antrag beraten solle, der auf Freiwilligkeit beruhe.

Frau Metzner entgegnet, dass der Vorschlag von Herrn Senator Möller sinnvoll sei und eine Abstimmung über Vertagung Vorrang habe.

Herr Schubert beantragt unter Berücksichtigung des Vorschlags von Herrn Schneider die Vertagung der Überweisung.

Der Ausschuss stimmt der Vertagung bei **13** - Ja, **1** - Nein und **0** - Stimmenthaltungen mehrheitlich zu.

zu 6 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 7 Vorlagen

Herr Schubert schlägt vor, alle dem Tagesordnungspunkt 7 zugeordneten TOP gemeinsam zu beraten, da diese im inhaltlichen Zusammenhang ständen.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Die Beratung wird unter dem TOP 7.3.1 zusammengefasst.

zu 7.1 Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 Vorlage: VO/2014/01795 (vorgezogen)

Beschlussvorschlag

- 1. Das Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 wird zur Kenntnis genommen.*
- 2. Die im Konzept aufgeführten Leitziele und Handlungsfelder bilden den Rahmen der zukünftigen Wohnungsmarktentwicklung in Lübeck bis zum Jahr 2025. Sie sind in der Begründung aufgeführt.*

Siehe TOP 7.3.1.

zu 7.2 Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 Vorlage: VO/2014/01796 (vorgezogen)

Beschlussvorschlag

- 1. Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 wird zur Kenntnis genommen.*
- 2. Die im Konzept aufgeführten Leitziele und Handlungsfelder bilden den Rahmen der zukünftigen Gewerbeflächenentwicklung in Lübeck bis zum Jahr 2025. Sie sind in der Begründung aufgeführt.*

Siehe TOP 7.3.1.

zu 7.3 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030"
Vorlage: VO/2014/01797 (vorgezogen)

Beschlussvorschlag

1. *Das Konzept „Lübeck 2030“ wird als Grundlage für die Wohnbau- und Gewerbeflächenentwicklung und die daraus folgende städtische Bauleitplanung sowie für die Fortschreibung des Gesamtlandschaftsplanes beschlossen. Dies beinhaltet:*
 - a. *Die Suchräume für Wohnbau- und Gewerbeflächen der Kategorien 1 und 2 werden von weiteren konkurrierenden Nutzungen freigehalten. Bestehende Nutzungskonkurrenzen werden langfristig abgebaut.*
 - b. *Die in der Kategorie 3 vorgesehenen Suchräume werden langfristig nicht als Siedlungsflächen, sondern als Freiraum entwickelt.*
 - c. *Die Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbegebiete erfolgt nach Prinzipien der Nachhaltigkeit. Maßnahmen der Innenentwicklung sollen die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich und als Wald genutzten Flächen auf das notwendige Maß begrenzen.*
2. *Der Flächennutzungsplan der Hansestadt Lübeck von 1989/90 wird fortgeschrieben.*

Siehe TOP 7.3.1.

zu 7.3.1 Antrag zu TOP 7.3 - VO/2014/01797 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030" Vorlage: VO/2014/02207 (vorgezogen)

Die Konzepte "Zukunftsorientierte Stadtentwicklung 'Lübeck 2030'", "Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012" sowie "Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013" werden als vorbereitende Arbeiten zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans begrüßt und als Berichte ohne Bindungswirkung zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, das Konzept "Lübeck 2030" anhand des Prüfkatalogs der "Arbeitsgruppe Nachhaltige Stadtentwicklung der Zukunftswerkstatt 'Ein leises und Klimafreundliches Lübeck'" sowie der Nachhaltigkeitskriterien der Bundesregierung zu überarbeiten und um eine Darstellung des Flächenbedarfs für die Hafententwicklung zu ergänzen. Das überarbeitete und ergänzte Konzept "Lübeck 2030" wird den Gremien erneut zur Beratung vorgelegt und fließt in die förmlichen Verfahren (Prüfungen, Bürgerbeteiligungen, etc.) zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans ein.

Im Ausschuss werden die Konzepte, schwerpunktmäßig „Lübeck 2030“, kontrovers diskutiert. An der Beratung beteiligen sich die Herren Dr. Lengen, Rathcke, Martens, Clement, Röttger, Zahn, Droßard, Schubert sowie die Damen Mählenhoff, Wind-Olßon und Metzner. Unter anderem wird dabei die Überplanung von Kleingartenflächen (St. Jürgen - G2, Buntekuh – G 12) bemängelt. Des Weiteren würde der von der AG Nachhaltige Stadtentwicklung der Zukunftswerkstatt „Ein leises und klimafreundliches Lübeck“ erarbeitete Prüfkatalog von den Ergebnissen der Stadtplanung abweichen. Im weiteren Verlauf der Beratung wird noch auf die Suchräume für Gewerbeflächen eingegangen, deren Verlauf sich stark an Grundstücksgrenzen orientieren würde.

Ebenfalls wird bemängelt, dass die Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Lübeck und Umgebung (AGU) nicht zur Verbandsanhörung am 10.11.2014 zum Konzept „Lübeck 2030“ eingeladen worden sei. Hauptsächliche Befürchtung der Ausschussmitglieder ist aber, sich mit einem Beschluss zur Vorlage „Lübeck 2030“ auf einen langen Zeitraum festzulegen und keinen Gestaltungsspielraum mehr zu haben. Es solle rechtlich überprüft werden, wie „bindend“ dieser Beschluss sei. Frau Wind-Olßon und Frau Mählenhoff erachten es als sinnvoll, die Konzepte in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bauausschuss, dem Wirtschaftsausschuss und unter Beteiligung der Umwelt- und Naturschutzverbände sowie der AG Nachhaltige Stadtentwicklung der Zukunftswerkstatt weiter zu beraten.

Herr Stolte merkt an, dass man am 14.01.2015 mit Vertretern der Kleingärtner zusammenkomme und die konkreten Überlegungen zu den Kleingärten vorstellen werde. Als Stadtplanung habe man ökologische, ökonomische und soziale Belange abzuwägen, währenddessen der erwähnte Prüfkatalog vermutlich nur die ökologische Seite betrachte. Bei der Auswahl der Suchräume sei man methodisch vorgegangen und habe diese nach festgelegten Kriterien und nicht nach Grundstücksgrenzen ausgewählt. Dies könne reiner Zufall sein. Bei den Suchräumen handle es sich nicht um konkrete Entwicklungsflächen, sondern um Bereiche, in denen die Eignung für eine mögliche Flächenentwicklung untersucht werden solle. Bei dieser Untersuchung könne man auch zum Ergebnis kommen, dass eine Fläche gar nicht oder nur zum Teil entwickelt werde. Die AGU sei ebenfalls eingeladen worden, weshalb diese die Einladung nicht erhalten habe, sei nicht nachvollziehbar.¹

Herr Möller (AM) nimmt ab 17:45 Uhr an der Sitzung teil.

Mehrfach macht Herr Stolte darauf aufmerksam, dass die Verwaltung durch die Bürgerschaft mit der Erarbeitung dieses Konzepts beauftragt worden sei und es sich um ein informelles Konzept, als Grundlage für weitere Planungen, handle. Erst bei Flächennutzungs- und Bebauungsplänen würden Festsetzungen getroffen bzw. festgelegt, die durch die Gremien zu beschließen seien. Herr Senator Möller fügt hinzu, dass nicht das ganze Verfahren in Frage gestellt werden solle. Die Fachausschüsse seien in der Regel für Empfehlungen und Mehrheitsbildungen zuständig. Er schlägt vor, konkrete Anträge zu formulieren, diese für die nächste Sitzung rechtzeitig einzureichen, um dann darüber zu beraten und der Bürgerschaft Empfehlungen auszusprechen. Herr Schubert begrüßt den Vorschlag von Herrn Senator Möller. Zu einer gemeinsamen Beratung der Ausschüsse unter Beteiligung der AG Nachhaltige Stadtentwicklung der Zukunftswerkstatt merkt er an, dass es wahrscheinlich Zielführender wäre, wenn sich Vertreter der Fraktionen mit den Verbänden und der AG zum gemeinsamen Gespräch treffen würden. Die Ergebnisse könnten dann als Anträge, im Sinne des Vorschlags von Herrn Senator Möller, in der nächsten Sitzung vorgebracht werden.

Herr Schubert beantragt die Vertagung der TOP 7.1, 7.2, 7.3 und 7.3.1 unter Beachtung des Vorschlags von Herrn Senator Möller.

Der Ausschuss stimmt der Vertagung unter Beachtung des Vorschlags von Herrn Senator Möller bei
15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

*Herr Schubert beantragt den TOP 8.1 gleich mitzubehandeln,
was der Ausschuss einstimmig beschließt.*

¹ Nachrichtlich zur Kenntnisnahme: Die Einladung zur Verbandsbeteiligung wurde am 24. Oktober an folgende Adresse versandt: Gothmunder Weg 8, 23568 Lübeck

zu 8 Berichte und Antworten

zu 8.1 Thematischer Landschaftsplan "Klimawandel in Lübeck" Vorlage: VO/2014/01943 (vorgezogen)

Herr Zahn verlässt gegen 18:00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Lengen spricht sich für eine Vertagung des Berichts aus, da dieser im Zusammenhang zum Konzept „Lübeck 2030“ stehe. Dem widersprechen die Herren Senator Möller, Zeckel, Stolte sowie die Damen Wind-Olßon und Mühlenhoff. Man bewege sich außerhalb des Konzeptes und der vorliegende Entwurf sei mit „Lübeck 2030“ kompatibel. Mit dem vorliegenden Bericht sollen die politischen Gremien über den gegenwärtigen Zwischensachstand zum Landschaftsplan im Zusammenhang mit dem Prozess zum Konzept „Lübeck 2030“ informiert werden. Eine Vertagung würde Stillstand bedeuten und es könne nicht weiter gearbeitet und das vollständige gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren zum Landschaftsplan nicht durchgeführt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Martens bzgl. einer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen antwortet Herr Senator Möller, dass dies im weiteren Verfahren erfolge.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 9 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 9.1 Anfrage Herr Dr. Lengen - Entfernung umgestürzte Erle

Herr Dr. Lengen teilt mit, dass eine Erle beim Sturm im November 2013 auf gepachtetes Land gestürzt und seitdem nicht entfernt worden sei. Er fragt nach, wie geholfen werden könne.

Die Frage wird an den zuständigen Bereich mit der Bitte um Beantwortung gesandt. Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2 Anfrage Herr Dr. Lengen - Radweg Roeckstraße

Herr Dr. Lengen berichtet über ein Schreiben an die Lübecker Fraktionen. Demnach werde im Zuge der Sanierung des Radwegs in der Roeckstraße befürchtet, dass durch eine Tieferlegung des Radwegs auf das Niveau des Fußwegs das Wurzelwerk und damit verbunden der Baumbestand in Mitleidenschaft gezogen würde.

Die Frage wird an den zuständigen Bereich mit der Bitte um Beantwortung gesandt. Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.3 Anfrage Herr Martens - Baumfällungen Stadtwald

Herr Martens fragt nach, ob Baumfällungen im Stadtwald vorher bekanntgegeben bzw. die Naturkindergärten darüber in Kenntnis gesetzt werden könnten. Herr Senator Möller merkt an, dass der Stadtwald im regelmäßigen Kontakt mit den Naturkindergärten stehe und sicherlich auch auf Baumfällungen aufmerksam mache.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.4 Anfrage Herr Möller - Kfz-Zulassung Stadtteilbüros

Herr Möller (Ausschussmitglied) fragt nach, ob die Kfz-Zulassung noch so lange in den verbliebenen Stadtteilbüros (StB) durchgeführt werden könne, wie diese noch bestehen. Herr Senator Möller weist darauf hin, dass man einen gültigen Beschluss zu den StB habe, die Kfz-Zulassungen bereits zurückgeführt seien und am Meesenring bearbeitet würden. Auch seien die dazugehörigen Stellen dorthin abgegeben sowie die MitarbeiterInnen dorthin umgesetzt worden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.5 Verschiedenes Herr Röttger - Landwege/Ringstedtenhof

Herr Röttger würde es begrüßen, in einer der nächsten Sitzungen zum Sachstand über das Thema Landwege/Jugend-Naturschutz-Hof – Ringstedtenhof informiert zu werden. Herr Senator Möller merkt an, dass in dieser Sache zwischenzeitlich ein zivilrechtliches Verfahren anhängig sei und er sich ungern an dieser Auseinandersetzung beteiligen würde. Die vertraglichen Beziehungen zwischen der Stadt und dem Verein hinsichtlich der pädagogischen Arbeit seien dadurch nicht betroffen. Nach der Aussage von Herrn Senator Möller nimmt Herr Röttger von seinem Anliegen Abstand.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.6 Verschiedenes Frau Wind-Olßen - Themen Polizeibeirat nichtöffentlich

Frau Wind-Olßen findet es unglücklich, einige Themen des Polizeibeirats öffentlich zu behandeln. Kundige Personen könnten womöglich aus einigen Aussagen Rückschlüsse auf etwaige Beteiligte ziehen. Herr Senator Möller merkt an, dass der Polizeibeirat gemäß Beschlussfassung öffentlich zu tagen habe. Die Polizei achte außerdem bei ihren Aussagen darauf, was sie öffentlich preisgeben könne und was nicht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Schubert stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 18:40 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.

Öffentlicher Teil:

zu 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Schubert stellt gegen 18:49 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien. Herr Schubert schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

Lübeck, den 19. Dezember 2014

Hans-Jürgen Schubert
Vorsitzender

Maik Schneider
Protokollführung